
Berlin,
07.01.2022

Pressemitteilung – Neue Studie zeigt Armutsfallen im deutschen Niedriglohnsektor auf und öffnet den Blick für eine neue Sicht auf die Sozialpolitik

Es steht nicht gut um das Aufstiegsversprechen in Deutschland: Auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere im Niedriglohnsektor, stecken viele Menschen in unterdurchschnittlich bezahlten Jobs fest. So werden die Beschäftigungsverhältnisse für sie zu Armutsfallen.

Ein Grund dafür ist, dass Arbeitnehmer systematisch falsch einschätzen, wie viel sie bei anderen Arbeitgebern für dieselbe Arbeit verdienen könnten. Diese Wahrnehmungsverzerrung zeigt sich besonders stark im Niedriglohnsektor, so dass diese Arbeitnehmer doppelt benachteiligt sind: Sie haben die am schlechtesten bezahlten Jobs und die größte Wahrnehmungsverzerrung bezüglich ihrer Alternativen. Sie sind in schlechten Beschäftigungsverhältnissen „gefangen“.

Das zeigt eine neue Studie des deutschen Arbeitsmarktökonom Prof. Simon Jäger (Massachusetts Institute of Technology), gefördert von der Stiftung Grundeinkommen, einem gemeinnützigen Thinktank aus München.

Berlin, den 07.01.2022

Die Studie „*Workers Beliefs About Outside Options*“ von Jäger et al. greift eine Idee der Ökonomin Joan Robinson auf, dass die Marktmacht von Arbeitgebern am Arbeitsmarkt eine wichtige Rolle spielt. Wenig Beachtung fand in diesem Kontext bislang, wie gut Arbeitnehmer überhaupt über die Unterschiede zwischen Jobs Bescheid wissen, also wie transparent Arbeitsmärkte sind.

Dazu [Prof. Simon Jäger, Arbeitsmarktforscher am MIT und Forschungsleiter der Studie:](#)

„In fast allen ökonomischen Modellen geht man davon aus, dass die Arbeitnehmer die gesamte Lohnverteilung in ihrem Berufsfeld kennen. Da liegen die Modelle allerdings falsch: Arbeitnehmer orientieren sich bei ihren Einschätzungen ihrer Jobalternativen fälschlicherweise an ihrem aktuellen Lohn. Unterbezahlte Arbeitnehmer unterschätzen deshalb systematisch die Löhne, die andere Arbeitgeber zahlen. Würde diese Wahrnehmungsverzerrung aufgehoben, könnten 10 % der Stellen, beziehungsweise ganze 40 % im Niedriglohnsektor, zum aktuellen Preis nicht mehr besetzt werden.“

Zum [Forschungspapier](#) (EN)

Berlin,
07.01.2022

Die Studie widerlegt damit nicht nur die gängige Annahme der Wirtschaftswissenschaften, der Arbeitsmarkt gelänge wie jeder Markt durch das freie Spiel von Angebot und Nachfrage zu einem optimalen Preis. Sie liefert auch ein weiteres Argument für eine umfassende Reform der Grundsicherung hin zu einem befähigenden Instrument der Armutsbekämpfung.

Dazu **Mansour Aalam, Gründungsdirektor der Stiftung Grundeinkommen:**

“Diese Studie konterkariert die liebgewonnene Erzählung, wir hätten in Deutschland eine Aufstiegsgesellschaft. Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor sind eingeklemt zwischen prekären Beschäftigungsverhältnissen und der Drohkulisse “Grundsicherung” und bleiben so in ihren schlechten Arbeitsverhältnissen gefangen. Politisch muss darauf dringend reagiert werden, denn Armutsfallen bedeuten nicht nur für Betroffene signifikante gesundheitliche Konsequenzen, sie sind auch ein Verlust für die gesamte Gesellschaft.

Hier helfen einerseits arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie der höhere Mindestlohn, verbesserte Lohntransparenz, Tarifverträge und betriebliche Mitbestimmung. Doch auch die Grundsicherung muss vom knapp über dem Boden hängenden Auffangnetz zum Trampolin reformiert werden. Nur so können die Armutsfallen nachhaltig geöffnet werden. Dazu bedarf es einer unbürokratischen, bedingungsarmen finanziellen Absicherung und leicht zugänglicher Beratungs- und Mentoring-Angebote auf Augenhöhe.”

Darüber hinaus plädiert die Stiftung Grundeinkommen für eine evidenzbasierte Sozialpolitik, die konkrete Ziele für politische Maßnahmen formuliert und damit eine wissenschaftliche Evaluation und Nachjustierung ermöglicht.

Über die Stiftung Grundeinkommen

Die Stiftung ist ein gemeinnütziger und privat finanzierter Thinktank mit Sitz in München. Sie erforscht, entwickelt und evaluiert Analysen und politische Konzepte zur Reform des Sozialstaats.

Für weitere Informationen zur Stiftung besuchen Sie gern unsere Webseite: www.stiftung-grundeinkommen.de

Pressekontakt: Melika Gewehr, presse@stiftung-grundeinkommen.de, Tel. [089-44 333 555-07](tel:089-44-333-555-07)